

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft (21. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Hilsberg,
Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Gerd Andres, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/5495 —**

**Sicherung eines auswahlfähigen, qualifizierten Ausbildungsplatzangebotes
für alle Jugendlichen in den neuen Ländern**

A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller besteht die Notwendigkeit der Sicherung eines auswahlfähigen, qualifizierten Ausbildungsplatzangebotes für alle Jugendlichen in den neuen Ländern.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, unverzüglich ein Programm zur Planungssicherheit für alle Jugendlichen in den neuen Ländern vorzulegen.

Ablehnung mit Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 12/5495 — abzulehnen.

Bonn, den 2. März 1994

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Eckart Kuhlwein	Dr.-Ing. Rainer Jork	Stephan Hilsberg	Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink
Vorsitzender	Berichterstatter		Berichterstatteerin

Bericht der Abgeordneten Dr.-Ing. Rainer Jork, Stephan Hilsberg und Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink

Die Vorlage — Drucksache 12/5495 — wurde dem Deutschen Bundestag am 27. Juli 1993 zugeleitet. Sie wurde in der 203. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Januar 1994 an den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft zur federführenden sowie an den Ausschuß für Wirtschaft, an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, an den Ausschuß für Frauen und Jugend sowie an den Ausschuß Treuhandanstalt zur mitberatenden Behandlung überwiesen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 2. März 1994 beschlossen, den Antrag mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abzulehnen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung lehnte in seiner Sitzung am 2. Februar 1994 den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste ab.

Der Ausschuß für Frauen und Jugend empfahl in seiner Sitzung am 24. Februar 1994 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuß Treuhandanstalt hat in seiner Sitzung am 19. Januar 1994 den Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der federführende Ausschuß für Bildung und Wissenschaft beriet die Vorlage abschließend in seiner 66. Sitzung am 2. März 1994 und empfahl mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD — bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste — Ablehnung des Antrags.

Die Fraktion der SPD ging in der parlamentarischen Debatte vor allem auf die in der Vorlage angesprochene Problematik, auf die Notlage der Ausbildungssuchenden in den neuen Ländern ein. Bei der

Bestandsaufnahme im Ausbildungssektor sei immer noch der Unterschied zwischen Ost und West groß. Das Programm „Lehrstelleninitiative Ost“ sei zu spät gekommen. Die Pendlerproblematik sei weiterhin vorhanden. Der Reformbedarf auf dem Gebiete der Ausbildung und der beruflichen Bildung sei erheblich.

Die Fraktion der SPD regte u. a. an, in der gegenwärtigen schwierigen Zeit zu versuchen, das duale System länderübergreifend zu organisieren. Der schulische Teil der Ausbildung könne im Blockunterricht in den örtlichen, die betriebliche Ausbildung in den westlichen Bundesländern stattfinden. Die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen müßten geklärt werden.

Die Fraktion der CDU/CSU sprach die Lehrstellensituation in den neuen Ländern an. Die Problemfelder seien gekennzeichnet durch die allgemeine Rezession, durch eine Strukturkrise sowie durch den Vorgang der Ost-West-Anpassung. Bei dem Antrag der Fraktion der SPD sei ein „Neuheitswert“ leider nicht erkennbar.

Die Fraktion der F.D.P. unterstrich, daß sich eine Stabilisierung der Ausbildungsmöglichkeiten durch das Engagement des Handwerks in den neuen Ländern abzeichne. Der Antrag der Fraktion der SPD sei überholt.

Die Fraktion der SPD versuchte im Laufe der Ausschußdiskussion, ihren Antrag zu modifizieren. Danach sollte unter Kapitel I der erste Satz bis „vorzulegen“ sowie des Passus „In diesem Programm ... evaluieren“ übernommen werden. Der Schlußsatz des Kapitels I sollte lauten: „Über den Stand der Programmplanung ist der Deutsche Bundestag zum 1. September 1994 zu unterrichten.“ Kapitel II sollte unverändert bleiben, während Kapitel III zu streichen sei. Der Änderungsantrag fand jedoch keine Mehrheit (s. auch o. a. Beschluß).

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft bittet den Deutschen Bundestag, dem Votum des Ausschusses zu folgen.

Bonn, den 2. März 1994

Dr.-Ing. Rainer Jork
Berichterstatte

Stephan Hilsberg

Dr. Margret Funke-Schmitt-Rink
Berichterstatte

